

Vorwort



Liebe Thüringerinnen, liebe Thüringer,

in den Schul- und Semesterferien „jobben“ zahlreiche Schülerinnen, Schüler und Studierende und werden zu diesem Zeitpunkt dann wohl das erste Mal mit dem oft sehr komplizierten Steuerrecht konfrontiert. Einige stehen aber auch dauerhaft in sogenannten „geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen“, zum Beispiel als Zeitungsausträger oder Aushilfskellner.

Dieses Faltblatt soll deshalb darüber informieren, was bei der Aufnahme einer solchen Beschäftigung steuerlich zu beachten ist und somit ein hilfreicher Ratgeber sein.

Mit freundlichen Grüßen

Birgit Diezel
Finanzministerin des Freistaats Thüringen

Impressum
Herausgeber: Thüringer Finanzministerium
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Ludwig-Erhard-Ring 7, D-99099 Erfurt
Telefon: 0361/3796-612
Internet: www.thueringen.de/tfm
E-Mail: L.Neyer@tfm.thueringen.de
Herstellung: Löwe Werbung, Erfurt

Was müssen Sie bei der Aufnahme einer Aushilfsarbeit steuerlich beachten?

Ferienjob mit Lohnsteuerkarte

Bei der Arbeitsaufnahme haben Sie dem Arbeitgeber grundsätzlich eine Lohnsteuerkarte vorzulegen (Ausnahme: Pauschalierung der Lohnsteuer). Die Lohnsteuerkarte wird Ihnen auf Antrag von der Gemeinde ausgestellt, bei der Sie mit Hauptwohnung gemeldet sind.

Der Arbeitgeber behält vom laufenden Arbeitslohn Lohnsteuer ein und führt sie an das Finanzamt ab. Die einzubehaltene Lohnsteuer wird auf Basis der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Besteuerungsmerkmale (Steuerklasse, Freibeträge etc.) ermittelt. Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, spätestens am Jahresende, hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer eine Lohnsteuerbescheinigung auszuhändigen, aus der sich u. a. der Bruttoarbeitslohn sowie die Lohn- und ggf. die Kirchensteuer sowie der Solidaritätszuschlag ergeben.

Die Lohnsteuerermittlung ist so aufgebaut, dass sie – auf das gesamte Kalenderjahr hochgerechnet – die zutreffende Jahressteuer ergibt, wenn das ganze Jahr ein gleichbleibender Arbeitslohn bezogen wird. Wenn Sie aber nur wenige Wochen im Jahr Lohneinkünfte erzielen, ist die einbehaltene Lohnsteuer in aller Regel zu hoch. Auf Antrag wird im Rahmen einer Einkommensteuer-Veranlagung zu viel gezahlte Lohnsteuer durch das Finanzamt erstattet. Eine Steuerbelastung ergibt sich nur dann, wenn das zu versteuernde Einkommen die gesetzlichen Freibeträge überschreitet. So können Sie z. B. als Lediger, dessen Bruttoarbeitslohn für das gesamte Jahr 2007 insgesamt nicht mehr als 10.783 € betragen hat, damit rechnen, die gesamte Lohnsteuer zurückzubekommen, soweit nicht weitere Einnahmen im Kalenderjahr bezogen worden sind, die Auswirkungen auf die Einkommensteuer-Veranlagung haben.

Aber seien Sie nicht überrascht über die hohen Steuerabzüge, denn ...

zu viel gezahlte Lohnsteuer wird vom Finanzamt auf Antrag erstattet.

Der Antrag auf Einkommensteuer-Veranlagung ist allerdings erst nach Ablauf des Kalenderjahres möglich. Für die Veranlagung sind die Angaben des Ausdrucks der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung oder der Steuerbescheinigung auf der Lohnsteuerkarte (ist der Erklärung beizufügen) in die Einkommensteuer-Erklärungsvordrucke zu übernehmen. Deshalb ist es wichtig, dass Sie die Lohnsteuerbescheinigung bzw. die Lohnsteuerkarte sorgfältig aufbewahren.

Sie können den Antrag auf Einkommensteuer-Veranlagung bei Ihrem Wohnsitzfinanzamt stellen. Formulare gibt es in jedem Finanzamt oder auf unserer Internetseite unter www.thueringen.de/tfm. Daneben besteht auch die Möglichkeit zur elektronischen Abgabe der Steuererklärung. In der amtlichen Anleitung zum Erklärungsvordruck sind weitere Hinweise enthalten, z. B. wie der Antrag zu stellen ist und welche Aufwendungen Sie steuerlich geltend machen können (z. B. Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen).

Pauschalierung der Lohnsteuer

In diesen Fällen ermittelt der Arbeitgeber unter Verzicht auf die Vorlage der Lohnsteuerkarte die Lohnsteuer pauschal mit einem gesetzlich vorgeschriebenen Prozentsatz. Eine solche Pauschalversteuerung ist beispielsweise bei einer kurzfristigen Beschäftigung oder bei einer geringfügig entlohten Beschäftigung zulässig.

So kann der Arbeitgeber bei Arbeitnehmern, die nur kurzfristig beschäftigt werden, die Lohnsteuer mit einem Pauschsteuersatz von 25 v. H. des Arbeitslohns erheben. Weiterhin fallen Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer an. Eine kurzfristige Beschäftigung liegt steuerlich vor, wenn der Arbeitnehmer bei dem Arbeit-

geber gelegentlich, nicht regelmäßig wiederkehrend beschäftigt wird, die Dauer der Beschäftigung 18 zusammenhängende Arbeitstage nicht überschreitet und der Arbeitslohn während der Beschäftigung 62 € durchschnittlich je Arbeitstag nicht übersteigt.

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das monatliche Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 400 € nicht überschreitet. Die Höhe des Pauschsteuersatzes auf das Arbeitsentgelt aus einer geringfügig entlohten Beschäftigung ist davon abhängig, ob der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer pauschale Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 15 % (oder 5 % bei einer Beschäftigung in Privathaushalten) des Arbeitsentgelts zu entrichten hat, weil für die geringfügig entlohnte Beschäftigung keine Sozialversicherungspflicht besteht:

- a) Der Arbeitgeber kann die Lohnsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer für das Arbeitsentgelt aus einer geringfügigen Beschäftigung (oder aus einer geringfügigen Beschäftigung in Privathaushalten), für das er die pauschalen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu entrichten hat, mit einem einheitlichen Pauschsteuersatz von insgesamt 2 % des Arbeitsentgelts erheben (sog. einheitliche Pauschsteuer).
- b) Der Arbeitgeber kann für das Arbeitsentgelt aus einer geringfügigen Beschäftigung (oder aus einer geringfügigen Beschäftigung in Privathaushalten), für das er die pauschalen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht zu entrichten hat, die pauschale Lohnsteuer mit einem Steuersatz von 20 % des Arbeitsentgelts erheben (z.B. bei Vorliegen mehrerer geringfügig entlohnter Beschäftigungen, bei denen das Arbeitsentgelt in der Summe 400 € übersteigt und daher Sozialversicherungspflicht besteht).
- Abweichend von dem o.g. Verfahren kann der Arbeitgeber unter bestimmten Voraussetzungen den vereinbarten Lohn brutto = netto auszahlen und zwar durch Pauschalierung.**

Hinzu kommen der Solidaritätszuschlag von 5,5 % und ggf. die Kirchensteuer (pauschal 5 % oder 9 %) auf die pauschalierte Lohnsteuer.

Weitere Sonderregelungen gelten auch bei Aushilfstätigkeiten in der Land- und Forstwirtschaft.

Schuldner der pauschalen Lohnsteuerbeträge ist – im Gegensatz zur individuellen Besteuerung nach Lohnsteuerkarte – der Arbeitgeber. Allerdings kann im Innenverhältnis (arbeitsvertraglich) vereinbart werden, dass der Arbeitnehmer die pauschalen Steuerbeträge zu tragen hat, das heißt, er bekommt den Lohn abzüglich der Pauschalsteuern ausgezahlt. Die pauschal erhobene Lohnsteuer kann jedoch nicht vom Finanzamt zurückgefordert werden. Es wäre daher von Ihrem Arbeitgeber und Ihnen als Arbeitnehmer zu überlegen, ob nicht bei einer beabsichtigten Lohnsteuerpauschalierung, insbesondere bei den anzuwendenden Steuersätzen von 25 % bzw. 20 % der Lohnsteuerabzug nach individuellen Merkmalen unter Vorlage einer Lohnsteuerkarte im Ergebnis für beide Seiten günstiger ist.

zum Beispiel:

C ist sowohl in einer Buchhandlung als auch in einer Ausflugsgaststätte als Aushilfe tätig. Der vereinbarte Monatslohn beträgt jeweils 400 €. Bei der Pauschalierung fallen jeweils 80 € Lohnsteuer (20 % von 400 €), 4,40 € Solidaritätszuschlag (5,5 % von 80 €) und ggf. 4,00 € Kirchensteuer (5 % von 80 €) an. Legt C ihrem Arbeitgeber eine Lohnsteuerkarte mit der Steuerklasse I und dem anderen Arbeitgeber eine Lohnsteuerklasse VI vor, dann ist beim ersten Arbeitgeber keine Lohnsteuer, kein Solidaritätszuschlag und keine Kirchensteuer zu erheben. Bei der Anwendung der ungünstigeren Steuerklasse VI bei dem anderen Arbeitgeber würde zwar zunächst ein nicht unbeachtlicher Steuereinbehalt vorgenommen, ihr würde jedoch in der Regel die Steuer nach Ablauf des Jahres vom Finanzamt auf Antrag in voller Höhe wieder erstattet, soweit ihr im Veranlagungszeitraum keine anderen Einkünfte in erheblichem Umfang zufließen.

Zu Einzelfragen der Sozialversicherungspflicht wenden Sie sich bitte an die zuständigen Behörden der Sozialversicherungsträger.

Selbständig oder nichtselbständig

Unternehmer bieten zunehmend Aushilfsarbeiten an, die der „Jobber“ nicht im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses (= nichtselbständig), sondern als selbständige oder gewerbliche Tätigkeit ausführen soll. Dies bedeutet, dass zwar keine Lohnsteuer abzuführen ist, Sie als „Jobber“ jedoch Ihrem Finanzamt Ihre Einnahmen erklären müssen und damit ggf. steuerpflichtig werden. Während der Arbeitgeber in diesem Falle lohnsteuerlich nichts zu veranlassen hat, müssen Sie eine Einkommen-, ggf. Gewerbe- und Umsatzsteuererklärung abgeben. Umsatzsteuer fällt dann an, wenn die Umsätze den Betrag von 17.500 € jährlich übersteigen. Wird – auch bei Umsätzen unter 17.500 € – eine Rechnung oder Gutschrift (von dem Unternehmer, für den die Arbeit ausgeführt wird) mit gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer ausgestellt, ist die Umsatzsteuer an das Finanzamt zu entrichten.

Die Entscheidung, ob eine Tätigkeit selbständig oder nichtselbständig ausgeübt wird, liegt nicht in Ihrem oder im Ermessen des Unternehmers/Auftraggebers, sondern ist nach der Vertragsgestaltung und dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse zu beurteilen. Eine nichtselbständige Tätigkeit ist insbesondere dann anzunehmen, wenn Weisungsgebundenheit hinsichtlich Ort, Zeit und Inhalt der Tätigkeit besteht und Sie fest in den Betriebsablauf eingegliedert sind.

Wenn Sie jedoch Ihre Arbeitszeit und Ihren Arbeitsplatz wählen können und auch nur für tatsächlich erbrachte Leistungen bezahlt werden, spricht dies für die Annahme einer selbständigen Tätigkeit. Die Verwendung eigener Arbeitsmittel ist ebenfalls typisch für eine selbständige Tätigkeit.

zum Beispiel:

E studiert Fremdsprachen. Für ein Übersetzungsbüro mit hoher Auftragsauslastung übernimmt er die Bearbeitung von Texten. Er ist dabei weder in den Betrieb eingegliedert noch unterliegt er organisatorischen Weisungen. Er erledigt die Arbeiten zu Hause bei freier Zeiteinteilung und erhält ausschließlich ein Erfolgshonorar. Notwendige Arbeitsmittel muss E selbst bereitstellen. E ist somit selbständig tätig. Wäre E dagegen z. B. während der Semesterferien aushilfsweise mit fester Arbeitszeit und Stundenlohn beim Übersetzungsbüro tätig, wäre er durch die Eingliederung in den Betrieb Arbeitnehmer.

In vielen Fällen wird das Gesamtbild der Tätigkeit nicht eindeutig zu beurteilen sein. Es empfiehlt sich dann, dem Betriebsstättenfinanzamt des Arbeitgebers/Auftragsgebers die näheren Umstände zu schildern und eine Auskunft einzuholen (sog. „Anrufungsauskunft“).

Wie wirken sich die eigenen Einkünfte des Kindes bei den Eltern aus?

Schülerinnen, Schüler und Studierende werden ab Vollendung des 18. Lebensjahres bei ihren Eltern nur dann steuerlich als Kinder berücksichtigt, wenn die eigenen Einkünfte und Bezüge, die zur Bestreitung des Unterhalts oder der Berufsausbildung bestimmt und geeignet sind, nicht mehr als 7.680 € im Kalenderjahr betragen. Die steuerliche Berücksichtigung als Kind ist bei den Eltern insbesondere für die Gewährung des Kindergeldes oder der steuerlichen Freibeträge für Kinder und für den Ansatz des Freibetrags zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung eines auswärtig untergebrachten, volljährigen Kindes von Bedeutung. Haben Sie das 18. Lebensjahr vollendet und überschreiten Ihre eigenen Einkünfte und Bezüge die Höchstgrenze von 7.680 € jährlich, so können Sie nicht mehr als Kind bei der Einkommensteuer-Veranlagung der Eltern berücksichtigt werden und die oben genannten Vorteile bei Ihren Eltern entfallen.



FREISTAAT
THÜRINGEN

